



Markus Söder prescht mit Lockerungen für den Freistaat vor

Am Dienstag stellte Bayerns Ministerpräsident schnell schon mal eigene Corona-Regeln vor – und erntet dafür Kritik

Von **HENRY STERN**

MÜNCHEN Als Ministerpräsident **Markus Söder** (CSU) am Dienstagmittag seinen großen Corona-Lockerungskatalog für Bayern vorstellt, drängt sich die Frage geradezu auf: Warum verkündet er nur einen Tag, bevor eine Bund-Länder-Konferenz in Berlin bundesweit Corona-Lockerungen auf den Weg bringen will, just diese Erleichterungen für Bayern schon einmal selbst? Ist es nicht immer wieder Söder selbst, der bundesweit einheitliche Vorgaben in der Corona-Bekämpfung einfordert?

Bayerns Ministerpräsident gibt vor der Presse die Antwort vorsichtshalber gleich selbst: Aus „Respekt vor dem Landtag“, der am Dienstagnachmittag planmäßig zusammenkommt, habe er die Berliner Entscheidung quasi vorweggenommen. Schließlich soll das Landesparlament in alle wichtigen Corona-Entscheidungen eingebunden bleiben, beteuert er.

In der Tat hat sich der CSU-Chef während der langen, zähen Monate der Pandemie immer wieder darum bemüht, den rechtlich nicht zustimmungspflichtigen Corona-Verordnungen seiner Regierung durch ausgiebige Debatten im Landtag eine breite demokratische Legitimität zu verschaffen.

Trotzdem darf man in der Bundesregierung und den anderen Ländern Söders aktuelles Vorpreschen durchaus als kalkulierte Respektlosigkeit auffassen. Zumal Söder vor den Kameras keinen Hehl daraus macht, dass seine bayerischen Beschlüsse „schon ein Signal“ in Richtung Berlin sein sollen.

Dabei nimmt der Ministerpräsident am Dienstag für Bayern nur vorweg, was auch in Berlin längst auf

dem Tisch liegt: ein Ende der Kontaktbeschränkungen für Geimpfte etwa oder bis zu 25 000 Zuschauer beim Bundesliga-Fußball. Vollständig Geimpfte dürfen Sport- und Kulturveranstaltungen in Bayern nun wieder ohne zusätzlichen Test besuchen. Und Museen, Fitnessstudios oder auch Hochschulen werden für Ungeimpfte nach der 3G-Regel zumindest mit Test wieder zugänglich.

Zuletzt hatte Söder sogar die bundesweite Abschaffung der 2G-Beschränkung im Einzelhandel oder von 2G-Plus in der Gastronomie eingefordert, obwohl beide Vorgaben in Bayern gar nicht gelten. Im Einklang mit der Berliner Diskussionsgrundlage kündigt er nun „für die Zeit nach Fasching“ 3G in der Gastronomie und eine Öffnung von Clubs und Bars mit 2G-Plus an. Denn: „Hier sollte bundesweit einheitlich entschieden werden.“

„Es geht nicht darum, wer der Erste ist.
Es geht darum, endlich gemeinsam aus dieser Krise zu kommen.“

Ludwig Hartmann (Grüne)
zu Söders Corona-Kurs

Durch den einen Tag Vorsprung vor dem Berliner Treffen gehören dem Ministerpräsidenten zumindest an diesem Dienstag die Lockerungsschlagzeilen in Bayern. „Die Eigenverantwortung der Bürger muss eine stärkere Rolle spielen“, erklärt Söder seine neue Entspanntheit in Sachen Corona. Dies sei möglich, weil Omikron weniger gefährlich sei und sich die Menschen mit einer Impfung oder mit Masken wirksam

schützen könnten.

Letztlich, sagt Söder, könne sich der Staat in der Pandemie nur auf den Schutz der Schulen und der Krankenhäuser konzentrieren: „Der Staat kann aber nicht auf Dauer das Risiko eines jeden Einzelnen tragen.“

Im Landtag fordert Gesundheitsminister **Klaus Holetschek** (CSU) am Nachmittag dann vom Bund trotzdem neue Sicherheit zur dauerhaften Absicherung von Corona-Lockerungen: „Wir brauchen weitere Maßnahmen“, sagt Holetschek in einer Regierungserklärung. Doch nicht nur bei der Umsetzung einer allgemeinen Impfpflicht habe die neue Bundesregierung bislang kläglich versagt. Sie begehe in der gesamten Corona-Politik „einen Fehler nach dem anderen“.

Die Ampel habe doch längst einen Stufenplan zur weitgehenden Öffnung bis zum 20. März vorgelegt, entgegnet Oppositionsführer **Ludwig Hartmann** (Grüne): „Und dass Sie heute diesen Plan kopiert haben, zeigt doch, wie gut er ist.“ Es gehöre offenbar zur „politischen Folklore Söders, bundesweit abgestimmtes Verhalten einzufordern und dann in Bayern trotzdem einen Sonderweg zu gehen“, kritisiert **Ruth Waldmann** von der SPD.

Nicht wie bei der Teil-Impfpflicht im Gesundheitswesen aus politischem Kalkül auf den Bund eindreschen, sondern selbst Teil der Lösung werden – nur so könne der Sorge vor einem dritten Corona-Winter begegnet werden, lautet Hartmanns Empfehlung Richtung Regierungschef: „Es geht nicht darum, wer der Erste ist. Es geht darum, endlich gemeinsam aus dieser Krise zu kommen.“